

hat, so stehen in grellem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zum sinnlosen Bruderhampfe und zu außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man — auf legalen Wege zur Macht gelangt — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Redepunkte verfaßt und vorgetragen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste.

Erfüllt von dem Ernst der Verpflichtung, erfüllt von der leidenschaftlichen Sehnsucht, Fehler der Vergangenheit auszuwischen, nicht zaudernd, aber mit durchdachten Plänen unser Volk durch die Krise, die die ganze Welt erschüttert, zum Frieden und zur Freiheit durchzubringen, habe ich in den letzten Märztagen den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten entgegengenommen. Ich habe bis zum heutigen Tage nach diesen Richtlinien gehandelt. Dabei war ich gezwungen, Parteiwünsche abzulehnen, Interessentenforderungen die Erfüllung zu verweigern und die letzte Kraft daranzusetzen, die Einheit unseres Volkes in diesem Ringen um die Zukunft drinnen und draußen zum Einsatz zu bringen. Ich werde weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiverfahren entgegenreten, die das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zerreißen.

Ein uralter Instinkt gesunder Völker mahnt, den gegenwärtigen Meinungsstreit juristritzieren, ja völlig schweigen zu

lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht. Deshalb ist es ein dem Lande abträglicher Unterfangen, wenn mit dem Hinweis auf innenpolitische Verschleungen in den Tagesmeinungen der Wähler versucht wird, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich anmaßen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen. Auch künstlich wird die politische Führung des Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches im Auslande ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen.

Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich oft zulange schweige. Die Pflicht des gewissenhaften Arbeitens scheint mir trotz allem größer zu sein als die des Redens, und ich habe die Zuversicht, daß das deutsche Volk sich auf die Seite des sachlichen Ernstes stellen wird. Ich werde nie mit Versprechungen und Illusionen über den wirklichen Zustand unserer Lage hinwegtäuschen versuchen. Die hühle Uebertreibung, das harte Reden mit politischen Möglichkeiten ist nicht ein Mangel an tiefstem Mitempfinden mit den Leiden des Volkes; es ist vielmehr die schwere Verantwortung, die auf den Regierenden ruht und ihr verbietet, ihr innerstes Gefühl anders als in der sorgfältigen Unterordnung unter die Pflichten ihres Amtes zu äußern.

Der Inhalt der Notverordnung

(Fortsetzung von Seite 1)

Daneben gibt die Verordnung dem Mieter ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Mißbau oder Neubau handelt, um Wohnungen oder Geschäftsräume, das einmalige außerordentliche Recht, einen vor dem 15. Juli 1932 geschlossenen, über den 31. März 1932 hinauslaufenden Mietvertrag vorzeitig zu dem letztgenannten Termin zur Auflösung zu bringen. Ausgenommen sind die Fälle, wo sich der Hauseigentümer mit dem Mieter im Laufe des Jahres 1931 auf eine Senkung des Mietzinses um mindestens 20 Prozent geeinigt oder wo der Vermieter auf Wunsch des Mieters kostspielige Umbauten der Räume gegen einen längeren Vertrag vorgenommen hat.

2. Maßnahmen hinsichtlich der Zwangsversteigerung.
Bei Zwangsversteigerungen von Grundstücken darf der Zuschlag regelmäßig nicht unter sieben Zehntel des Grundstückswertes erteilt werden. Schuldner, die infolge der Wirtschaftskrise ihre Verpflichtungen nicht haben erfüllen können, können die einstweilige Einstellung der Grundstücksversteigerung höchstens auf sechs Monate erwirken. Bei landwirtschaftlichen Grundstücken ist die Veräußerung der Versteigerung bis nach Einbringung der Ernte möglich, wenn eine Gefährdung der Ernte durch die Fortführung des Verfahrens der Zwangsversteigerung möglich wäre.

4. Sonstige wirtschaftliche Maßnahmen.
Die Aufstellung großer Gesellschaften wird durch Vergünstigungen auf dem Gebiete der Gesellschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Wertzuwachssteuer erleichtert. Auf dem Gebiete der Einheitsbewertung und Veranlagung zur Vermögenssteuer sind Maßnahmen getroffen, die den eingetragenen Wertveränderungen Rechnung tragen.
Die Mineralwassersteuer wird vorübergehend auf vier Kräfte gesenkt. Weiter werden Maßnahmen getroffen, die für die Bilanzierung die Verteilung der jetzt bewirkten Entwertung auf einen größeren Zeitraum als das gegenwärtige Geschäftsjahr ermöglichen sollen.
Am den Zahlungsovertehr der Wertsetzung anzupassen, wird ein 4. Pfennig-Stück geschaffen. Das 5-Pfennigstück soll allmählich in entsprechendem Ausmaße eingesetzt werden.

5. Soziale Versicherung und Fürsorge.
Um die Zahlung der Renten zu sichern, werden künftig einige Einschränkungen getroffen. Kinderzuschüsse und Rentenrenten werden nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus gezahlt. Der doppelte und dreifache Bezug von Renten fällt weg bzw. wird eingeschränkt. Hinterbliebenenrenten dürfen in ihrem Gesamtbetrag künftig die Hauptrente nicht übersteigen. Die Versorgung von Witwen, die am 1. Januar 1912 schon invalide oder tot waren, geht von der Versicherung wieder auf die Fürsorge über. In der Unfallversicherung sollen die kleinen Verletztenrenten weg.
Die zwischen Ärzten und Krankenkassen getroffene Vereinbarung wird bestätigt. Die Jungärzte sollen nach und nach zur Kassenpraxis zugelassen, das Kopfbauschale gegen 1930 verkleinert und künftig gleichend an die Löhne angepaßt werden. Die Leistungen der Kranken- und Erstattungen werden, weitgehend zeitweise, auf die Regelleistungen beschränkt.

6. Arbeitsrechtliche Vorschriften.
Die Verordnung hält an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts fest. Dagegen soll das System der Tarifverträge allmählich in Arbeitsvereinbarung mit den unterliegenden Verhältnissen der einzelnen Wirtschaftszweige umgebaut werden. Eine fühlbare Verbesserung wird nicht ohne weitere Lohnsenkung in vielen Wirtschaftszweigen möglich sein. Dabei soll grundsätzlich auf den Stand im Anfang des Jahres 1927 zurückgegangen werden. Die Reichsregierung erwartet dabei, daß die Verbilligung der Lebenshaltung eine Senkung des Reallohnes verhindern wird.
Ab 1. Januar 1932 gelten demnach die Lohn- und Gehaltsätze vom 19. Januar 1927 an Stelle der bisherigen als vereinbart. In keinem Falle darf aber eine Senkung um mehr als 10 Prozent eintreten. Um den neuen Lohn- und Gehaltsstand bis ins einzelne festzulegen, treten die Parteien jedes Tarifvertrages bis zum 19. Dezember 1931 zusammen. Wenn in freier Verhandlung eine Festlegung nicht gelingt, hat sie durch den Schlichter zu erfolgen.

Das geschlichtete Verfahren gilt nicht für die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne und Gehälter bereits im Zusammenhang mit der Löhne der Beamtengehälter gekürzt wurden, auch nicht für die nichttariflich geregelten Löhne.
7. Sicherung der Haushalte.
Die Umsatzsteuer wird ab 1. Januar 1932 auf 2 Prozent erhöht. Ausgenommen sind Brot, Getreide, Mehl, sowie die daraus hergestellten Waren.
Neu eingeführt wird die Besteuerung des Einbringens von Gegenständen in das Inland. Diese Steuer gilt nur zum Ausgleich der Besteuerung der deutschen Waren, die eine Umsatzsteuer tragen mit den eingeführten Gegenständen.
Der Finanzminister wird ermächtigt für einzelne Gegenstände die Umsatzsteuer in Form einer Verkaufssteuer („Phaksteuer“) zu erheben. Bei diesen Waren wird allerdings nicht mehr jeder einzelne Umsatz erfaßt werden, sondern eine Phaksteuer für die Gesamtheit der Umsätze des einzelnen Waren-

lages erfolgen. Von dem Mehrertrommen der Umsatzsteuer, das auf 900 Millionen RM. veranschlagt wird, erhalten die Länder ein Drittel.

Die Vorauszahlung zur Einkommensteuer, die am 10. April 1932 fällig ist, wird auf den 10. März 1932 vorauserlegt.

Durch eine Reichsfluchtsteuer soll die Auswanderung von Deutschen, die finanziell besonders leistungsfähig sind, und aus Gründen, die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. Es werden davon nur Personen betroffen, die ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen von mehr als 200 000 RM. haben. Solche Personen dürfen nur auswandern, wenn sie eine außerordentliche Steuer in Höhe von 1/2 des gesamten steuerpflichtigen Vermögens zahlen.

Ab 1. Januar tritt bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Betriebe eine weitere Gehaltserhöhung um 10 Prozent ein.

Durch diese Maßnahmen wird der Haushalt des Reiches für das Rechnungsjahr 1931/32 gesichert.

8. Schutz des inneren Friedens.
Zu den Vorschriften über den Waffenmißbrauch wird ergänzend festgelegt, daß in gefährdeten Bezirken die Anmeldung von Waffen aller Art und wenn nötig auch die Ablieferung der Waffen verlangt werden kann. Der Erwerb von Schusswaffen wird erleichtert, die Herstellung von Fieber- und Stöpsel sowie der Handel damit ist genehmigungspflichtig. Gelesen verbotenen Waffenhandel sind die bisherigen Strafparagrafen erheblich verschärft worden.
Weiter wird auf das Ueberhandnehmen der politischen Verbrechen und der damit verbundenen Ausschreitungen hingewiesen, die häufig durch von Privatpersonen getragene Uniformen und Abzeichen verurteilt würden. Reichspräsident und Reichsregierung verbieten daher das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände mit sofortiger Wirkung ohne jede Ausnahme für das ganze Reichsgebiet.

Weiter wird Verstärkung des Ehrenschutzes durch Gefängnisstrafen für böswillige Verleumdung vorgehoben und Sicherung des Wehrnachtsfriedens durch ein

Reichslandtag konstituiert

Die Präsidenten-Wahl

Darmstadt, 8. Dezember.

Der neugewählte heßische Landtag trat heute mittag 12 Uhr zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die außerordentliche Besetzung, die man nach dem bekannten Ausgang der Heßerwahl in allen politischen Kreisen diesen Landtag entgegenbringt, kam in der harten Besetzung der Tribünen zum Ausdruck. Nachdem die Abgeordneten ohne jede Demonstration ihre Plätze eingenommen hatten, eröffnete der Alterspräsident, Rektor Winter-Walig, der dem Zentrum angehört, mit einer kurzen Ansprache die Sitzung mit einem Hinweis auf den Ernst der Zeit und auf die Notwendigkeit der Hintanhaltung aller parteipolitischen Gegensätze zum Wohl des Gesamtvolkes. Die Abgeordneten sind vollständig vertreten. Es fehlt nur der Abgeordnete Schäfer, der aus der nationalsozialistischen Liste gewählt wurde, anlässlich der Kogheimer Enthaltungen aber aus der NSDAP. auswich.

Die Wahl des Landtagspräsidenten wurde ohne Schwierigkeiten durchgeführt. Die Nationalsozialisten schlugen, als die stärkste Fraktion, ihr Mitglied Prof. Dr. Werner-Wagbach vor. Auf Werner entfielen vierzig Stimmen. Auch das Zentrum hat dem parlamentarischen Brauch entsprechend keine Stimmen für diesen Kandidaten der stärksten Fraktion abgegeben. Abgeordneter Werner nahm die Wahl an und erklärte, daß er sein Amt sachlich und unparteiisch führen werde. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten erhielt der Zentrumsabgeordnete, Landwirt Weiler, 34 Stimmen, der Sozialdemokrat Delp 23, der kommunistische Kandidat 10 Stimmen. Weiler wurde in der Stichwahl gegen Delp mit 37 gegen 21 Stimmen erster Vizepräsident. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde schließlich der Sozialdemokrat Delp gewählt, und zwar mit 29 Stimmen, bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten.

Staatspräsident Dr. Weidung gab im Namen der Regierung folgende Erklärung ab: „Auf Grund des Artikels 37 der Verfassung des Volksstaates Heßen stelle ich die Kammer der Mitglieder des gesamten Ministeriums dem neugewählten Landtag zur Verfügung und erkläre, daß das Gesamtministerium entsprechend Artikel 38 Absatz 2 der Verfassung die Staatsge-

Wie stellt sich der Reichstag?

Berlin, 8. Dezember.

Die Reichstagsfraktionen werden sich in den nächsten Tagen mit dem Inhalt der neuen Notverordnung beschäftigen. Die Fraktion der Staatspartei hält bereits am heutigen Mittwoch eine Sitzung ab, die Notverordnung lag allerdings zu dieser Zeit noch nicht im Wortlaut vor. Für Donnerstag hat die Wirtschaftspartei, für Freitag die Deutsche Volkspartei eine Fraktions-sitzung anberaumt. Die Sozialdemokraten werden am Montag, das Zentrum und die Christlichsozialen am Dienstag die Notverordnung beraten. Die Deutschnationalen versammeln sich sogar erst am Donnerstag der nächsten Woche. Die wichtigsten Fraktionen zur Notverordnung Stellung genommen haben, wird über die vorzeitige Einberufung des Reichstages keine Entscheidung fallen können.

Ein Zusammenritt des Reichstages schon am Freitag, wie ihn die Kommunisten beantragt haben, würde also wenig Zweck haben. Es besteht daher die Absicht, den Reichstagsantritt erst zu einem späteren Termin einzuberufen, und zwar auf der sozialdemokratischen Fraktions-sitzung, also am Dienstag. Für diesen Tag veranlassen die Kommunisten bereits die erste Reichstags-sitzung; die Erfüllung dieses Wunsches ist dann natürlich unmöglich.

Praktisch kommt ein Zusammenritt des Reichstages, wenn es überhaupt zu einer vorzeitigen Einberufung kommt, nach der Auffassung führender Parlamentarier vor Weihnachten nicht mehr in Frage.

Verbot jeder Art von Kundgebungen mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 3. Januar 1932.

In der Schlußbemerkung

wird ausgeführt: Die Reichsregierung ist überzeugt, daß die angeordneten Maßnahmen in ihrem umfassenden Zusammenhang der Wirtschaft Erleichterungen bringen und eine Rettung ihrer Basis, die die Opfer weit übersteigen. Das jedoch nur dann,

wenn das gesamte Volk in voller Erkenntnis der ungeheuren Schwere der Zeit und der unmittelbar drohenden Gefahren dem Wege folgt, den die Reichsregierung vorzeichnet.

Die Verantwortung dafür, daß das Ziel erreicht wird, trägt das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und jeden einzelnen. Es muß erkennen, daß nicht Willkür die Bestimmungen diktiert, sondern die harte Notwendigkeit. Ihr muß er sich fügen, wenn ihm auch zunächst daraus Opfer erwachsen. Der Schaden, der dadurch für ihn und alle entsteht, wenn mancher verantwortungsbewußter Mitarbeiter aller die Schaffung einer neuen und soliden Basis für das Wirtschaftsleben nicht erreicht würde, wäre unendlich größer als diese Opfer selbst.

Senkung des Reichsbank-Diskonts

Berlin, 9. Dezember.

Bei der Reichsbank finden gegenwärtig Beratungen statt, in denen die Maßnahmen erörtert werden, die sich für die Reichsbank aus der Notverordnung ergeben. Auf jeden Fall wird die Spanne zwischen Lombardzinsfuß und Wechselzinsfuß im Sinne der Notverordnung auf 1 Prozent ermäßigt werden. Darüber hinaus soll aber die Zinsobergrenzung auf von der Diskontseite her gebildet werden. Es ist daher damit zu rechnen, daß in der heute abend stattfindenden Zentralbank-sitzung bei der Reichsbank auch über eine Diskontsenkung wahrscheinlich um 1 Prozent, Beschluß gefaßt werden wird.

Die Notverordnung vor dem Baseler Sonderauschuß

Basel, 9. Dezember.

Der Sonderauschuß der Baseler BZL hielt heute vormittag eine weitere Sitzung ab, in der die Zahlen der deutschen Handels- und Finanzbilanz zur Erörterung standen. Zu dem Material, das der deutsche Vertreter Dr. Reichler zu diesem Zwecke vorgelegt hat, ist nunmehr auch die neue Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten hinzugekommen.

solange so lange fortführen wird, bis der Landtag den Staatspräsidenten neu gewählt und die von diesem berufenen Mitglieder der des Gesamtministeriums bestätigt hat.“

Auf Vorschlag der Nationalsozialisten trat eine Mittagspause ein. Die Nachmittags-sitzung wurde auf 3.30 Uhr anberaumt.

Wie die Z. U. meldet, haben die Nationalsozialisten ihre in 12 Punkten festgelegten „Bedingungen“ für eine Regierungskoalition, die übrigens nicht in ultimative Form gefaßt seien, heute dem Zentrum übergeben. Das Zentrum habe um 48 Stunden Bedenkzeit gebieten.

Die deutschen Nobelpreisträger in Stockholm

Stockholm, 8. Dezember.

Professor Dr. Bergius ist heute mit seiner Gattin in Stockholm eingetroffen. Geheimrat Bosh und Professor Otto Warburg weisen bereits seit Montag mit ihren Familien in Stockholm. Es sind nunmehr alle drei deutschen Nobelpreisträger hier versammelt, um am Donnerstag, dem Todestag Alfred Nobels, im Konzerthaus von König Gustaf die Diplom- und Gedächtnisreden in Empfang zu nehmen. Die Stockholmer Presse widmet den deutschen Gelehrten ausführliche Artikel und veröffentlicht Unterredungen mit ihnen.

* Im Rechtsausschuß des Heßischen Landtages, der am Mittwochvormittag eine Sitzung abhielt, erklärte Innenminister Richter, ihm liege die neue Notverordnung noch nicht vor. Er werde aber für den Mittwoch einberufene Versammlungen nicht verhindern. — Im übrigen beriet man den 3. Abschnitt des Budgetes und kam bis § 37. Weiterberatung erfolgt am Donnerstag.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Böhmen, mittelmäßig etwas verminderte Bewölkung. Vorwiegend trocken, jedoch vereinzelte Schauer besonders im Gebirge möglich. Temperaturen im Hochland vorübergehend wenige Grade über Null, in den höheren Gebirgszonen anhaltend leichter Frost.

Beic

Das el
jählichen
lichtbar
bis zur
werden
sollten
verwe
mit einer
h. h. h.
etwas
des Lieber
des Meid
Erziera
legen ver
müßig ge
„Erster“

Es ge
Meinlich
den auszu
täperlich
überläßt
die objekt
Eingeklan
wird, so
schwerer
fähren. I
brill, ist
Rechtung

E. G.
einen Wo
scheine ein
scheiden
men der
ber ver
gestalt
offene
Seelenh
zwischen
Wohnter
felt best
Rechtlich
Wir einen
darf best
Kirche
Schließung
„E. G.“
und S
der fath
sondern
es eigent
nicht lch
als den
und der
fatholisch
können d
sollungsb
rangstun
der Kats
tracht de
sann jels
werden, i
wieder
stifte m
den inne
halb den
Ange; e
Herung
gemeine
entschlo
Lebens“

Dr.
ärztliche
1929 u.
fung der
bedürfen
Wortent
lung; d
Der pfa
die Spie
dem Er
spielen
therap
Kann die
tinnlich

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in

Gar
hoff un
vaug
Kloß
bedi
rinnen
der Pa
Armet
Mauer
endlich
1928 w
Wa
führt?
Seigen
der Ber
bomes?
es. G
harten
ihrem
finde.

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in

St
gen Red
ausgelegt
Er ist o
haben
Tro
und sein
als Spiel
Ja, die
Rektion
gebet.
Wände
Hler, d
modis“
oben in